



Nina Hochstrasser



Basel: Eine Medienlandschaft im Umbruch

Es tut sich einiges auf dem Medienplatz Basel. Während die Basler Zeitung (BaZ) restrukturiert wurde, hat sich die bz Basel/Basellandschaftliche Zeitung (bz) vom kantonal verankerten zum regional bedeutenden Blatt gemausert. Mit der stiftungsfinanzierten TagesWoche (TaWo) kam 2011 ein neues Medium dazu, das auf eine Kombination von Print und Online setzt. Grund genug, einen Blick auf die Medienlandschaft Basel zu werfen. Darüber haben wir mit Urs Buess und Guy Krneta gesprochen.

Die Übernahme der BaZ kam für viele überraschend. Wie kam es dazu?

Buess: Seit es die BaZ gibt, gehört es in Basel zum guten Ton, sie zu kritisieren und sich über das Blatt lustig zu machen. Eigentlich hatte sie bei den LeserInnen nie grossen Rückhalt. Christoph Blocher kreiste seit längerem wie ein Geier über der Schweizer Medienlandschaft und hielt Ausschau nach einem kleinen Mäuschen – einer Zeitung, die er übernehmen konnte. Blocher war ursprünglich an einer aufs Mittelland ausgerichteten Zeitung interessiert. Dass es eine Basler Zeitung getroffen hat, ist eigentlich Zufall und hängt mit der wirtschaftlichen Schwäche der BaZ und damit, dass sie noch nirgends angeschlossen war, zusammen.

Krneta: Eigentlich ist Blochers Plan nicht wirklich aufgegangen. Die Expansion aufs Mittelland ist immer noch sein Ziel. Es gab ja bereits

Versuche, die bz einzubinden. Einem solchen Deal ist bisher der publizistische Ehrgeiz von bz-Verleger Peter Wanner in die Quere gekommen.

Wie würden Sie den Stil der BaZ beschreiben?

B: Diffamierend, teilweise stilllos, verletzend. Die Absicht ist, die Gesellschaft zu destabilisieren. Es werden laufend Geschichten publiziert, welche Personen fertig machen.

K: Was die BaZ macht, hat nichts mehr mit normalem Journalismus zu tun. Sie betreibt Kampagnenjournalismus, sät gezielt an demokratischen Institutionen, operiert mit falschen Fakten. Wenn diese korrigiert werden, wird das Ganze als Debatte dargestellt, als ob es sich um unterschiedliche Meinungen handelte. Besonders verheerend ist, wenn andere Medien und politische Akteure auf den Zug aufspringen. Gegen eine solche BaZ müsste

man strategischer vorgehen und alle Möglichkeiten von Boykott durchspielen.

B: Diese BaZ muss man mit einer gewissen Gelassenheit lesen, statt an der Hysterie teilzunehmen. Sie ist jetzt halt einfach ein SVP-Blatt. Der Einfluss der Zeitung ist nicht so gross. Ich habe Vertrauen in die Zivilgesellschaft, dass sie diese Kampagne durchschaut. Die Aufregung um die Weltwoche hat sich schliesslich auch wieder gelegt.

Die TaWo ist im Umbruch der BaZ entstanden. Was kann man derzeit zur TaWo sagen?

K: Inhaltlich müsste die TaWo stärker an ihren Themen dranbleiben. Das kommt jetzt langsam. Online wird die TaWo immer interessanter, mit der Papierausgabe kann ich mich nicht recht anfreunden. Ich weiss nicht genau, für wen die gemacht wird. Falsch ist, dass die Finanzierung über die Papierausgabe erfolgt.



Urs Buess, ehemaliger Redaktor bei der BaZ und der TaWo

Da hätten von Anfang an andere, partizipative Modelle versucht werden müssen. Eine breite Eigentümerschaft wäre besser, gerade auch mit einer starken Mäzenin im Rücken.

B: Ein Modell mit einer einzelnen Geldgeberin oder einem einzelnen Geldgeber birgt die Gefahr, dass sowohl für die Öffentlichkeit als auch für die Redaktion undurchsichtige Abläufe und Machenschaften entstehen, die ans Sektiererische grenzen. Das hat dem Ruf und der Qualität sowohl der BaZ als auch der TaWo geschadet.

K: Die Bereitschaft für andere Finanzierungsformen gab es aber. Es gab 2010 viele Einzelpersonen, die das neue Projekt unterstützen wollten. Mir ist nicht klar, warum diese nicht eingebunden wurden.

Wie steht es mit der bz Basel?

B: Die bz hat den Willen, sich stärker in der Stadt Basel zu etablieren. Hier liegt eigentlich die letzte Chance, etwas gegen die BaZ-Kam-

pagne zu unternehmen. Dazu braucht es die Unterstützung der BaslerInnen. Leider gilt die bz nach wie vor als Liestaler Blatt. Und in der Stadt rümpft man die Nase, wenn etwas aus Liestal kommt. Es bräuhete hier eine spezifischere regionale Ausrichtung. Ich sehe da eine Chance.

K: Die bz ist in einem Zwischenzustand, da könnte es demnächst noch grössere Veränderungen geben. Grundsätzlich hat die bz viele Sympathien trotz ihrer Handicaps. Wenn die Zeitung nur schon einen besseren Namen hätte und ein bisschen anders strukturiert wäre! Ich gehe davon aus, dass die bz in Zukunft zum Leitmedium wird. Dann würde die TaWo neben der rechtsextremen BaZ zur dritten Stimme, welche an einzelnen Themen dranbleibt.

Was ist die Zukunft der Basler Medienlandschaft?

B: Die Medienlandschaft Basel ist vielfältiger als auch schon. Momentan nehme ich eine Verschiebung des Medien-Mainstreams in Richtung konservativer Journalismus wahr – rechts ist salonfähig geworden.

K: Es muss möglich werden, Debatten wieder von links zu führen und Widersprüche zwischen linken Positionen und rot-grünen Regierungen auf Kantons- und Gemeindeebene öffentlich auszutragen. Die permanenten Angriffe der Rechten auf den Staat dürfen uns nicht zu kleinmütigen Verteidigern von Entwicklungen machen, die wir eigentlich ablehnen.

B: Gibt es denn noch Linke in Basel? Es gibt Freizeit-Linke und Lifestyle-Linke, aber sonst...? Eine gewisse Hoffnung sehe ich darin, dass mit Peter Wanner ein echter Verleger sich ein stärkeres Engagement in der Stadt überlegt. Wie sich die BaZ weiter entwickeln kann, ist für mich hingegen ein grosses Rätsel.

K: Die Hauptfrage ist, wie der Journalismus künftig finanziert wird. Als demokratische Öffentlichkeit sind wir angewiesen auf Qualitätsjournalismus. Um ihn zu finanzieren, braucht es neue Modelle und neue Ansätze. Denn es wird vermehrt private Akteure geben, die sich die ihnen genehme Berichterstattung einiges kosten lassen.



Guy Krneta, Mitbegründer der Aktion «Rettet Basel!»

B: Die Diskussion über die Finanzierung von Qualitätsjournalismus ist in Gange. Gerade im Zusammenhang mit dem Online-Journalismus ist einiges in Bewegung. Aber Bezahl-schranken funktionieren nicht für Alltagsmeldungen. Was wir noch unterschätzen, sind die sozialen Medien. Auf Twitter und Facebook gibt es viel Schrott, aber sie verbreiten auch sehr schlaue Artikel. Diese Kanäle stützen zwar das Geschäftsmodell der Medien nicht, aber sie sind wichtig für die Demokratie, weil sie die Vielfalt der Berichte erhöhen.

Basel, 16. Mai 2014

Nina Hochstrasser

Parteisekretärin
SP Baselland

Livia Diem

Parteisekretärin
SP Basel-Stadt



AGENDA SP BASELLAND

Donnerstag, 19. Juni, 20 Uhr,
Gemeindehaus Gelterkinden,
Saal «Calvin»

«Vorwahlveranstaltung» zu den
Regierungsratswahlen 2015
der Sektionen Sissach und
Gelterkinden

Samstag, 21. Juni, ab 19.30 Uhr
Konzert für ein Basel
mit diversen jungen Künstlerinnen

und Künstlern aus beiden Basel,
Kulturhotel Guggenheim Liestal,
Wasserturmplatz, Liestal

Donnerstag, 26. Juni
Fraktionsausflug

Donnerstag, 28. August, 19.30 Uhr
in Sissach
**Delegiertenversammlung
der SP Baselland**

AGENDA SP BASEL-STADT

Samstag 28. Juni
Parteitag SP Schweiz
Winterthur

Montag, 30. Juni
Delegiertenversammlung
Volkshaus, Unionssaal, 20 Uhr

Dienstag, 19. August, 20 Uhr
Parteivorstand
Grosser Saal, Gewerkschaftshaus,

Donnerstag, 28. August, 20 Uhr
Delegiertenversammlung
Achtung anderer Ort! Wird noch
bekanntgegeben.

AUS DEM GROSSEN RAT

Revision Pensionskasse Basel-Stadt: Paritätische Risikoverteilung sichert Zustimmung der SP zum Kompromiss

Die Revision der PK Basel-Stadt, die aufgrund der veränderten bundesrechtlichen Grundlagen notwendig war, konnte Anfang Juni mit einem breit abgestützten Kompromiss im Grossen Rat verabschiedet werden.

Die SP Basel-Stadt hat sich in der Vernehmlassung noch für den regierungsrätlichen Vorschlag und damit für den Leistungsprimat ausgesprochen und bereits damals die Rentenerhöhung von 63 auf 65 kritisiert. Die Zustimmung zum verabschiedeten Kompromiss war für die SP deshalb keinesfalls einfach: Die beiden einschneidenden Ver-

schlechterungen Primatswechsel und Rentenerhöhung mussten unbedingt abgedeckt werden, um dem Kompromiss und damit einem politischen Konsens zustimmen zu können. Die rotgrünen Kommissionsmitglieder haben sich deshalb in der Kommission vehement für eine paritätische Sanierungsklausel eingesetzt, die das Risiko gleichmässig auf die Arbeitgebenden und die Versicherten verteilt. Ebenso entscheidend für die Zustimmung war die Berücksichtigung zweier weiterer zentraler Anliegen: Erstens die nachhaltige und dringend notwendige Verbesserung

der Schichtarbeitendenlösung, die vorzeitige Pensionierungen ohne grosse Einbussen ermöglicht. Zweitens die Speisung des Teuerungsfonds zur Abfederung sehr hoher Kaufkraftverluste der Pensionierten. Für die SP-Fraktion war immer entscheidend, eine nachhaltige und breit abgestützte Lösung zu finden, welche die Interessen der Versicherten bestmöglich wahrte. Im Zuge der PK-Revision wurde zudem eine neue Ruhegehaltslösung für Magistratspersonen verabschiedet. Diese unterscheidet neu Regierungsräte von Gerichtspräsidenten und beschränkt die Dauer des Ru-

hegehaltsbezugs in Abhängigkeit von Alter und Amtsjahren. Die SP-Fraktion erachtet die neue Lösung als fair, begrenzt sie doch die Ruhegehälter im Gegensatz zur bisherigen Lösung sehr stark, ohne dabei die Unabhängigkeit und die notwendige Zeitspanne für eine Neuorientierung nach dem Rücktritt zu sehr zu gefährden oder einzuschränken.



Salome Hofer
Grossrätin SP Basel-Stadt

Eva Bühler †



Eva Bühler war während mehr als 12 Jahren die «Hausgrafikerin» der SP Basel-Stadt. Als Mitglied der KfÖ hat Eva im kreativen Austausch mit der SP-Basis Kampagnen konzipiert, sie mit ihrer Firma vistapoint gestaltet und so massgeblich zu deren Erfolg ab Mitte 90er-Jahre beigetragen. Danke Eva! Kulturpolitik war ihre Leidenschaft. Die Grossrätstätigkeit war ihr zu wenig konkret, darum gab sie diese 1993 nach 19 Monaten wieder auf. Lieber engagierte sie sich als Co-Präsidentin der SG Kultur oder im Verwaltungsrat des Theaters Basel. Seit 2001 war sie zudem als Ersatzrichterin am Strafgericht tätig.

Eva Bühler ist am 7. Mai 2014 im Alter von 57 Jahren an Krebs gestorben. Wir werden sie als kreative, lustvolle Persönlichkeit und engagierte Kulturpolitikerin in lieber Erinnerung behalten.

Gabi Mächler,
ehem. Grossrätin SP Basel Stadt

Andres Gerwig †



Für mehr Rechtsstaat

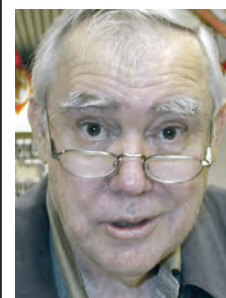
Andres Gerwig vertrat die SP Basel-Stadt im Grossen Rat, Nationalrat, Erziehungsrat und Verfassungsrat. Ich beschränke mich auf die nationale Politik.

Nach 16 Jahren ist Andres 1983 aus dem Nationalrat zurückgetreten – nach seinem wohl grössten Erfolg als Kommissionspräsident für das neue Eherecht, das die Rechte der Frau massiv verstärkte. Bis dahin durfte die Ehefrau nicht einmal ihr Vermögen selber verwalten und ein Geschäft oder ein Bankkonto eröffnen. Dem musste ihr Mann zustimmen. Christoph Blocher ergriff das Referendum gegen die Gesetzesrevision. Er hatte gegen die SP unter der Führung von Andres bei der Abstimmung keine Chance.

Andres provozierte mal die Rechte mit der Kritik, die Schweiz sei zwar eine Demokratie, aber kein Rechtsstaat. Ihn zu stärken, dafür hatte er gekämpft.

Helmut Hubacher,
ehem. Nationalrat SP Basel-Stadt

Rolf Müller-Fortunati †



Am 26. April 2014 ist Rolf Müller im Alter von 82 Jahren gestorben. Er bleibt vielen in der SP als Mensch in Erinnerung, der sich über Jahrzehnte für gesellschaftliche, politische Themen engagiert hat. Speziell

in den Quartiervereinen St. Alban-Breite sowie Spalen widmete er sich mit Hingabe den kleinen, im Alltag wichtigen Anliegen. Ob vor 25 Jahren der Aufbau des Quartierzentrums in der Breite, ob später sein Einsatz für NichtakademikerInnen und ältere Parteimitglieder: Sein Engagement war geprägt von seinen religiös-sozialistischen Quellen, ganz im Sinne des Vorreiters Leonhard Ragaz. Entscheidend war für ihn der Ausgleich zur nachwachsenden Generation, weshalb er an der aufstrebenden Juso Freude hatte. Diese verkörperten für ihn die über sein Leben hinausreichende Hoffnung für eine SP der Zukunft!

Stephan Luethi-Brüderlin,
Fraktionspräsident SP Basel-Stadt

Wie gemeinsam weiter in der Bildungspolitik?

Unter dem Titel «Wie gemeinsam weiter in der Bildungspolitik?» trafen sich Ende Mai interessierte Mitglieder der Bildungsgruppen von SP BL und Grünen BL. Ziel der Veranstaltung war es, eine Auslegeordnung vorzunehmen und über Gemeinsamkeiten der Bildungspolitik beider Parteien zu diskutieren.

Als Fazit kann im Nachgang zu dieser Veranstaltung eine hohe Übereinstimmung bezüglich der bildungspolitischen Ziele beider Parteien festgehalten werden. Im Interesse der Wahrung von Chancengleichheit und der Sicherung von hohen Bildungsstandards steht eine grosse Mehrheit weiterhin zu HarmoS. Die Bestrebungen für eine Vereinheitlichung der Bildungssysteme der Schweizer Kantone sind denn auch in diversen Volksabstimmungen bestätigt worden. Wichtig bei der Umsetzung der Entscheide sind jedoch die finanziellen Rahmenbedingungen und der Faktor Zeit. Es muss gewährleistet sein, dass genügend Finanzmittel und Zeit für die Weiterbildung der Lehr-

personen und die Einführung neuer Lehrmittel zur Verfügung stehen. Deshalb wurde angeregt, dass der Zeitpunkt der Einführung des Lehrplans 21 im Kanton Baselland überdacht werden muss. Viele Deutschschweizer Kantone machen diesen wichtigen Schritt erst aufs Schuljahr 2017/18 hin. Darum soll auch in Baselland eine Verschiebung auf 2016/17 oder 2017/18 geprüft werden. Über den Zeitpunkt der Einführung entscheidet der Bildungsrat, sobald der Lehrplan in seiner definitiven Form vorliegt, was gegen Ende 2014 der Fall sein wird.

Reformen brauchen Zeit. Dies sollte auch bei der Umsetzung von HarmoS berücksichtigt werden – einerseits von den Kritikern, die mitten in der Umsetzungsphase die Spielregeln bereits wieder ändern möchten, andererseits jedoch auch vom Bildungsrat, welcher zu gegebener Zeit auf den Zeitplan zur Einführung des

Lehrplans zurückkommen sollte. Es braucht keine Abkehr von HarmoS, es braucht lediglich mehr Zeit und etwas Geduld.

Diese klare Positionierung der Grünen und der SP ist wichtig vor dem Hintergrund der HarmoS-Ausstiegs-Initiative der «Starken Schule Baselland». Was würde passieren, wenn diese Er-

Im Interesse der Wahrung von Chancengleichheit und der Sicherung von hohen Bildungsstandards steht eine grosse Mehrheit weiterhin zu HarmoS.

folg hätte? Im HarmoS-Konkordat steht dazu unter Artikel 14: «Der Austritt aus der Vereinbarung muss dem Vorstand der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren gegenüber erklärt werden. Er tritt in Kraft auf Ende des dritten der Austrittserklärung folgenden Kalenderjahres.» Und im entsprechenden

Verfassungsartikel heisst es unter Artikel 62, Absatz 4: «Kommt auf dem Koordinationsweg keine Harmonisierung des Schulwesens im Bereich des Schuleintrittsalters und der Schulpflicht, der Dauer und Ziele der Bildungsstufen und von deren Übergängen sowie der Anerkennung von Abschlüssen zustande, so erlässt der Bund die notwendigen Vorschriften.» Es wäre nicht sinnvoll, in Sachen Bildungsharmonisierung wieder auf Feld 1 zurückzukehren und die Aufgaben der Bildungskoordination dem Bund zu übergeben. Ich hoffe, den Initianten der Ausstiegs-Initiative ist klar, auf welch langen und unsicheren Weg sie unsere Schulen mit ihrer populistischen Initiative schicken würden.



Christoph Hänggi
Vizepräsident SP-BL
Mitglied der Bildungs-,
Kultur- und Sportkommission
des Landrats

Fusion: Damit zusammengehört, was längst zusammengewachsen ist

Der Landrat hat in seiner Sitzung vom 12. Juni beschlossen, den Gegenvorschlag zur Fusionsinitiative – mit dem gleichen Wortlaut wie in Basel-Stadt – dem Volk zur Abstimmung vorzulegen. Damit sind die Voraussetzungen dafür geschaffen, die Initiative zurückzuziehen. Erschreckend an der Debatte im Landrat war das unsachlich grobe Geschütz, das von der Gegenseite aufgefahren wurde. Wer eine Fusion der beiden Kantone befürwortet, wurde als Vaterlandsverräter abgestem-

pelt, der die Verfassung missachte und den Landratseid verletze. Die Absicht ist klar: Das politische Klima soll demagogisch aufgeheizt werden. Eine sachliche Prüfung der Chancen einer Fusion, die der Verfassungsrat dann vorzunehmen hätte, soll verhindert werden. Dazu passt, dass die Fusionsgegner nun plötzlich als Alternative die Partnerschaft predigen, gleichzeitig aber Basel-Stadt als teuren, ineffizienten, bürokratischen Partner in allen Tonlagen verteufeln.

Vielleicht ist es angebracht, sie daran zu erinnern, dass der Kanton Basel-Landschaft in den 1830er-Jahren nicht eben auf verfassungsmässig abgesichertem Wege gegründet worden ist. Aber er hat damals, als einer der ersten Kantone, das Initiativrecht auf Verfassungsänderung geschaffen. Und dieses legitime Recht ist nun wahrgenommen worden, um auf legalem Weg einen gemeinsamen Kanton zu schaffen. So könnte es nun, nach einer erfolgreichen Abstimmung im September, zu

einem konstruktiven Verfassungsprozess kommen, nach dem – um das Wort von Willy Brandt zur deutschen Einigung abzuwandeln – zusammengehören wird, was längst zusammengewachsen ist.



Ruedi Brassel
ist Landrat und Sekretär
der SP Baselland